

Das Erfolgsrezept für einen Sieg an der Urne

Gute Chancen für Tabakinitiative Das gesundheitspolitische Anliegen aus dem linken Spektrum wird an diesem Abstimmungssonntag wohl eine Mehrheit holen. Welche Argumente dafür sprechen – und was sich daraus lernen lässt.

Markus Brotschi
und Edgar Schuler

Seit Einführung des Initiativrechts im Jahr 1891 wurden 24 Volksbegehren von Volk und Ständen angenommen, die Hälfte davon in den letzten 20 Jahren. Mehrheitlich handelte es sich seit 2002 um Initiativen aus dem rechten Lager, die es geschafft haben. Aber auch einige linke Begehren aus dem Umweltbereich nahmen die Hürde.

Nun könnte laut Umfragen die Initiative «Kinder ohne Tabak» angenommen werden. Zweieinhalb Monate nach dem Ja zur Pflegeinitiative wäre es das zweite gesundheitspolitische Projekt, das eine Mehrheit findet. Was braucht es, damit eine Initiative mehrheitsfähig ist?

— Unideologische Absender

Dass auch linke Initiativen mittlerweile gute Chancen haben, sieht der Politologe Thomas Milic als Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels. Volksbegehren aus dem linken Lager hätten dann eine gute Chance, wenn die Urheber nicht ideologisch auftraten, sagt Milic. So stand hinter der Pflegeinitiative der Berufsverband des Pflegepersonals, der als glaubwürdige Vertretung eines wichtigen Berufsstands wahrgenommen wurde. Hinter der Tabakinitiative stehen mit der Lungengliga und der Krebsliga sowie der Ärzteschaft glaubwürdige Repräsentanten einer gesundheitspolitischen Forderung.

Initiativen, deren Urhebererschaft wie die Juso, SP oder der Gewerkschaftsbund dem klassischen linken Lager zugehören, hätten es hingegen nach wie vor schwer. Allerdings müsse Ideologie nicht zwangsläufig ein Hindernis sein. Die SVP, die eine restriktive Ausländer- und eine Anti-EU-Politik zum Programm hat, brachte in den letzten zwölf Jahren vier Initiativen zu diesen Themen durch: die Minarettinitiative, die Ausschaffungsinitiative, die Masseneinwanderungsinitiative und das Verhüllungsverbot. Der SVP sei es bei diesen Initiativen gelungen, die Stimmberechtigten bis in die politische Mitte zu mobilisieren, so Milic. Als Problemfelder definierte die



Umfragen deuten darauf hin, dass die Initiative «Kinder ohne Tabak» am Sonntag wohl angenommen wird. Foto: Christian Beutler (Keystone)

SVP Ausländerkriminalität, eine starke Zuwanderung und den Islamismus.

— **Ein unbestrittenes Anliegen** Deklariertes Ziel der Tabakinitiative ist der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakkonsum. Dagegen kann niemand etwas haben. Daher sei es für die Gegnerschaft der Initiative schwierig, mit ihren Argumenten durchzudringen, sagt Milic.

Ähnlich war die Konstellation in den letzten Jahren bei mehreren Initiativen zum Sexualstrafrecht. Zwar gab es gegen die Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern oder gegen die Verwahrungsinitiative eine Gegner-

schaft, die rechtliche Vorbehalte geltend machte. Da jedoch das Grundanliegen in der Bevölkerung unbestritten war, nämlich der Schutz vor Sexualstraftätern sowie deren Strafverfolgung, blieben die gegnerischen Argumente chancenlos.

— Es muss einen Problemdruck geben

Generell müsse in der Bevölkerung ein Problemdruck empfunden werden, damit eine Initiative eine Chance habe, sagt Milic. Zwar sei dieser Druck wohl beim Tabakkonsum deutlich weniger gross als bei den Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals. Aber der Einstieg Jugendlicher in den Tabakkonsum werde in der

breiten Bevölkerung als Problem wahrgenommen. Dazu kommt, dass Einschränkungen des Tabakkonsums mittlerweile breite Akzeptanz in der Bevölkerung haben, nachdem Rauchen in öffentlich zugänglichen Innenräumen verboten worden war.

Allerdings: Noch 2012 wurde die Initiative zum Schutz vor Passivrauchen mit Zweidrittelmehrheit verworfen. Ziel des Volksbegehrens war es, das Rauchen an allen Arbeitsplätzen zu verbieten. Damit wären die noch in einigen Kantonen zulässigen Raucherbeizen untersagt worden. 1993 scheiterten die Zwillingeninitiativen für ein Verbot der Tabak- und der Alkoholwerbung mit 75 Prozent Nein-Anteil.

— Ein guter Titel reicht nicht

Der Titel «Kinder ohne Tabak» bringt das Anliegen gut verständlich auf den Punkt. Aber ein guter Titel allein ist noch keine Garantie für einen Abstimmungssieg. «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» wäre laut Milic auch zugkräftig. Allerdings überzeuge der Inhalt der Initiative nicht. Zudem gab es im Parlament selbst im linken Lager keine einzige Stimme für diese Initiative, was für die Stimmberechtigten darauf hindeutet, dass die Forderung zu extrem ist.

— Sonderfaktor Pandemie

Wie schon bei der Annahme der Pflegeinitiative dürfte die Pandemie auch bei der Tabakinitia-

tive eine gewisse Rolle spielen, sagt Milic. Die Pandemie hat die Bedeutung der Gesundheitspolitik aufgezeigt. Dass der Tabakkonsum wie das Coronavirus die Atemorgane schädigt, dürfte der Tabakinitiative zumindest indirekt geholfen haben.

— Bei Referenden hat die Linke gute Karten

Während Initiativen eine Veränderung anstreben, wird mit erfolgreichen Referenden der Status quo erhalten. Das sei ein Grund, weshalb die Linke bei Referenden gegen Sozialreformen oder Steuervorlagen oft Erfolg habe, sagt Milic. Wenn der Nutzen oder die Notwendigkeit einer Steuersenkung für viele Stimmberechtigte nicht ersichtlich ist, stimmt die Mehrheit wohl Nein. Dies dürfte bei einer allfälligen Ablehnung der Stempelsteuer-Vorlage am Sonntag ein wichtiges Motiv sein.

Dieses Votum jedoch als Ausdruck eines Misstrauens des Volkes gegenüber Regierung und Parlament zu sehen, hält der Politologe Hans-Peter Schaub vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern für falsch. «Das politische System in der Schweiz kennt kein Misstrauensvotum. In der direkten Demokratie gehört es einfach dazu, dass sich das Volk anders entscheidet als die gewählten Politiker.»

Für Schaub zeigt sich der Erfolg einer Initiative ohnehin nicht nur in einem Abstimmungssieg. Initiativen könnten auch einen Katalysatoreffekt haben. Es wird ein Thema auf die politische Agenda gesetzt, mit dem sich die Stimmberechtigten befassen. Im besten Fall wird eine Debatte angestoßen, die langfristig etwas verändert.

Initiativen können als Verhandlungspfad dienen: Die Initiantinnen und Initianten erhoffen sich in diesem Fall, dass die Politik auf eine weitgehende Forderung mit einer mehrheitsfähigen Alternative reagiert, wie bei der Initiative für den Vaterchaftsurlaub. Initiativen haben eine Wahlhelferfunktion: Eine Initiative wird im Hinblick auf Wahlen lanciert, um der Wahlkampagne der lancierenden Partei Rückenwind zu verschaffen.

Taliban-Delegation am Verhandlungstisch in Genf

Humanitäre Krise in Afghanistan Die Gotteskrieger hoffen auf Hilfgelder – und trafen gestern auch Schweizer Diplomaten.

Die Angelegenheit unterstand strikter Geheimhaltung. Von der Anwesenheit einer Abgesandtschaft der Taliban diese Woche in Genf hätte die Öffentlichkeit nichts erfahren sollen. Doch dann tat Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit Sitz in Genf, was er immer tut. Er griff zu seinem Handy und informierte in einem Tweet über sein jüngstes Treffen. «Gestern habe ich mit Qalander Ebad, dem Verantwortlichen für das Gesundheitswesen, über die Bedürfnisse in Afghanistan diskutiert», schrieb Adhanom am Mittwoch. Den Talibankämpfer habe er schon im September 2021 in Kabul getroffen – kurz nach ihrer

Machtübernahme in Afghanistan also. Es gehe darum, «das Gesundheitssystem, in dem Frauen zentrale Rollen spielen, zu stärken», so der Äthiopier weiter. Das System sei «in einem katastrophalen Zustand», und die humanitäre Krise «fordert weiterhin viele Menschenleben».

Nach dem Tweet des WHO-Chefs war rasch klar: Nicht nur der «Gesundheitsminister» der Taliban war nach Genf gereist, sondern auch Leute, die sich dem Aussenministerium zuordnen lassen. Die Delegation umfasst elf Personen. Speziell an ihrer Präsenz in Genf ist: Selbst wenn die Gotteskrieger international zur Verhaftung ausgeschrieben wären, dürfte die Schweiz sie

nicht in Gewahrsam nehmen. Die Taliban treffen nämlich Vertreter internationaler Organisationen, die ein Sitzabkommen mit der Schweiz haben. Als Gast dieser Organisationen geniesst die Taliban-Delegation diplomatischen Schutz.

NGO als Organisatorin

Eingeladen und in einem Genfer Hotel untergebracht hat die Taliban die Nichtregierungsorganisation Geneva Call, deren Betrieb und deren Projekte das Aussenministerium (EDA) mitfinanziert. Die NGO ist hauptsächlich in Kriegsgebieten unterwegs, sucht und unterhält Kontakte zu bewaffneten Gruppen und erinnert diese an die Einhaltung des

humanitären Völkerrechts zum Schutz von Kindern und der Gesundheitsversorgung, aber auch, um zu verhindern, dass Landminen verlegt werden. Zur Gruppe der Taliban unterhält Geneva Call seit einigen Jahren direkte Kontakte, wie sie sie auch zu islamischen Kämpfern in Syrien oder zur kurdischen PKK unterhält.

Gestern haben die Taliban eine Delegation des EDA und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit getroffen. Mit dabei war auch Botschafter Raphaël Nägeli, der im EDA die Abteilung Asien und Pazifik führt. Gemäss EDA-Sprecher Pierre-Alain Eltschinger war das Ziel der Gespräche, «die Einhaltung der humanitären Grundsätze zu ver-

bessern, den Zugang zur Bevölkerung für die humanitäre Hilfe zu fördern und die afghanische Delegation für die Grundrechte, einschliesslich der Rechte von Frauen und Minderheiten, zu sensibilisieren».

Noch anerkennt kein Staat die Taliban als rechtmässige afghanische Regierung. Der EDA-Sprecher betont: «Die Anwesenheit der Delegation auf Schweizer Boden stellt keine Legitimation und Anerkennung der Taliban dar.» Man nutze die Gelegenheit, um sich mit den Taliban auszutauschen, «die de facto das Land kontrollieren». In Genf finden die Treffen auch darum statt, weil die UNO-Stadt eine «unparteiische Plattform» sei und alle

Akteure – darunter das IKRK und Ärzte ohne Grenzen – dabei mit-helfen sollen, für Afghanistan Lösungen zu finden.

Alain Délétoz, Direktor von Geneva Call, verteidigte im Westschweizer Radio RTS die Einladung an die Taliban. Er sagte: «Wir hoffen, dass die Delegation, die die Machthaber in Kabul nach Genf entsandt haben, die Mittel hat, nach ihrer Rückkehr nach Kabul das Nötige zu unternehmen, damit die humanitären Normen respektiert werden.» Der primäre Fokus liege auf dem Erhalt der Gesundheitsversorgung, die zu 70 bis 80 Prozent von Frauen getragen werde.

Philippe Reichen